

# „Flüchtlinge nach Syrien abschieben“

**Vorstoß.** Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) verlangte bei Treffen von Innenministern in Basel erneut eine Neubewertung der Situation in dem langjährigen Bürgerkriegsland

VON BERNHARD GAUL

Deutschland, Österreich, Luxemburg, Schweiz und Liechtenstein: Keines dieser Länder hat eine EU-Außengrenze, dennoch berichten die Innenminister bei einem zweitägigen Treffen in Basel in der Schweiz von jeweiligen Problemen mit der illegalen Migration.

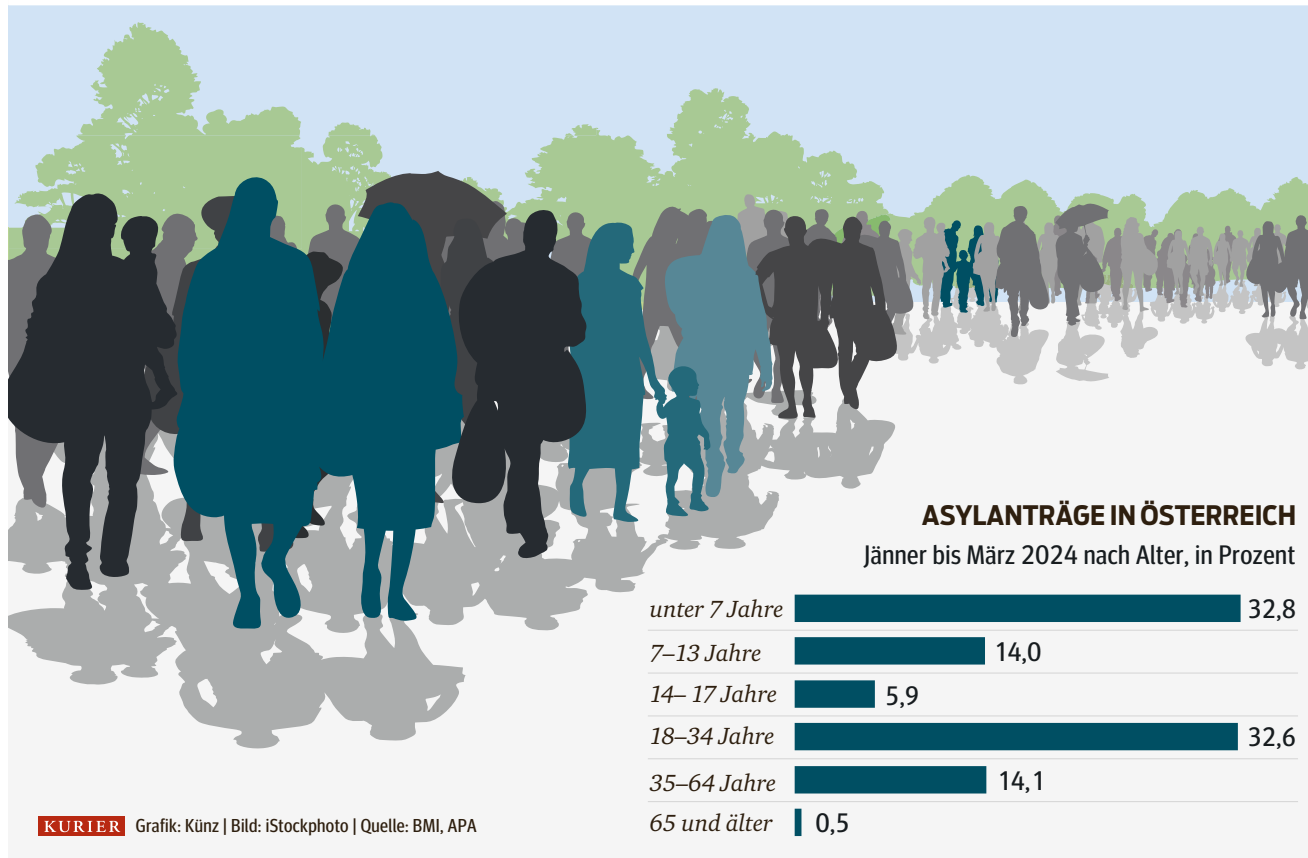
Teilgenommen haben neben Innenminister Gerhard Karner (ÖVP), die deutsche Innenministerin Nancy Faeser (SPD), der Schweizer Bundesrat Beat Jans, die Innenministerin von Liechtenstein, Sabine Monauni, sowie Innenminister Léon Gloden aus Luxemburg.

„Grenzüberschreitende Kriminalität braucht grenzüberschreitende Zusammenarbeit, und das tun wir in diesem Format sehr intensiv. Hier fordert uns vor allem die Schlepperkriminalität in Österreich“, wird Karner zitiert. Themen waren unter anderem der Umgang mit illegaler Migration und der Asyl- und Migrationspakt der EU, wie auch die Kriegsvertriebenen aus der Ukraine. Außerdem berieten die Minister über die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

## Sicheres Damaskus

Karner wagte dabei erneut einen Vorstoß beim Thema Syrien: Er sprach sich dafür aus, weiter Druck zu machen, damit künftig wieder Abschiebungen in sichere Bereiche auch nach Syrien möglich werden. Syrische Flüchtlinge sind die mit Abstand größte Gruppe an Asylberechtigten in Österreich, die Menschen bekamen wegen des grausamen Bürgerkrieges in ihrer Heimat meist vorübergehenden Schutz.

Es gibt aber immer wieder auch straffällige syrische Asylwerber, in der Anzeigenstatistik von 2023 sind Syrer hinter Rumänen, Deutschen und Serben auf Platz 4 der Statistik mit 9.156 Anzeigen. Die Hauptdelikte betreffen demnach Eigentum, Sucht-



mittel, aber auch Körperverletzung. Syrische Täter müssten aber im Sinne einer glaubwürdigen Asylpolitik nach Verbüßen einer etwaigen Haftstrafe eben auch abgeschoben werden können, wird seitens des Innenministeriums argumentiert.

Subsidiär Schutzbedürftige hätten eben nur einen „Schutz auf Zeit“ bekommen. Zahlreiche Beobachter würden die Regionen rund um die Hauptstadt Damaskus längst wieder als sicher ansehen. Und wenn ein Fluchtgrund nicht mehr gegeben ist, sollten die Flüchtlinge wieder in ihr Heimatland zurückkehren, findet Karner.

Wobei schon bisher syrische Flüchtlinge abgeschoben werden, heißt es aus dem Ministerium, allerdings nur innerhalb der Schengenzone, also etwa nach Griechenland, Bulgarien oder Rumänien. Karner erklärte zudem, das er das Thema der syrischen Flüchtlinge auch

schon beim vergangenen Treffen der EU-Innenminister zur Sprache gebracht habe – Karners Kollegen, etwa die deutsche SPD-Innenministerin, hätten die Debatte für sinnvoll erachtet, heißt es aus Karners Büro.

Der Schweizer Beat Jans meinte, dass das Dublin-System derzeit nicht funktioniere. In Europa würden sich einige Länder nicht an die Regeln halten. Man wolle aber zu fünf auf diese Länder einwirken. Der Schweizer begrüßte allerdings sehr, dass es gelungen sei, einen neuen EU-Asylpakt auszuverhandeln.

Deutschlands Nancy Faeser zeigte sich alarmiert über die Organisierte Kriminalität: „Allen Facetten der Organisierten Kriminalität gemeinsam ist das skrupellose Streben nach Gewinn und Macht der Täter, umso konsequenter müssen wir das gemeinsam zerschlagen, um unsere Bürger zu schützen.“

## Kinder sind die größte Gruppe bei Asylwerbern

**Familiennachzug.** Kinder bis sieben Jahre sind mittlerweile die größte Asylwerber-Gruppe. Im ersten Quartal kam knapp ein Drittel der Asylansuchen von Kindern zwischen null und sieben Jahren. Rund 53 Prozent der Antragsteller sind nicht älter als 18. Zudem ist der Anteil weiblicher Asylsuchender markant gestiegen. Insgesamt geht die Zahl der Anträge gemäß Asylstatistik zurück.

6.922 Asylansuchen wurden in den ersten drei Monaten des Jahres abgegeben. Das sind 32 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das Innenministerium führt das auf ein

konsequentes Vorgehen gegen Schlepper zurück, für die Österreich unattraktiv geworden sei.

Spürbar ist hingegen, dass der Familiennachzug seine Auswirkungen hat. Gleich 3.649 Ansuchen kamen von Minderjährigen. 3.273 wurden von Volljährigen eingereicht. Sehr stark angestiegen ist der Anteil der Frauen.

Mittlerweile stärkste Nation unter den Asylwerbern sind Syrer, auf die 4.335 Anträge entfielen. Dahinter kommen Afghanen mit 665. Beide Gruppen haben gute Chancen auf Schutz in Österreich. Bei Syrern wurden nur 30 Prozent der Asylverfahren negativ beschieden.

## Überblick

### Beschwerden wegen Postenbesetzungen

**Öffentliche Jobs.** Das Innenministerium ist jenes Ressort, in dem sich unterlegene Posten-Bewerber mit Abstand am häufigsten beschwert haben. Laut *profil*-Recherchen sahen sich 175 Bewerber für öffentliche Jobs in den Jahren 2006 bis 2023 aufgrund ihrer Weltanschauung am beruflichen Aufstieg behindert und wandten sich an die Bundesgleichbehandlungskommission. 70 Prozent der Fälle (124) entfallen auf das Innenministerium.



JEFF MANGIONE

### Korosec mahnt Pensionsplitting ein

**Regierungsprogramm.** Ingrid Korosec, Präsidentin des ÖVP-Seniorenbundes, appelliert an die Grünen, das im Regierungsprogramm festgeschriebene Pensionsplitting umzusetzen. Dieses ermöglicht Paaren, für die Zeiten der Kindererziehung Teilgutschriften vom Erwerbstätigen auf den Erziehenden zu übertragen. Derzeit geschieht dies in Österreich nur auf freiwilliger Basis und nicht automatisch.

### Lorenz Böhler: Erste Betten im AKH

**AUVA.** Nach der Schließung der Bettenstationen im AUVA-Traumazentrum Wien-Brigittenau, vormals Lorenz-Böhler-Spital, nimmt diese Woche wie geplant der Ausweichstandort AKH Wien den Betrieb auf. Fünf Betten stehen ab heute, Dienstag, zur Verfügung. Die Normalstation mit 23 Betten wird sukzessive – entsprechend dem Patientenzustrom – bis Ende April befüllt, bestätigt die AUVA. Im Plan sei auch die Intensivstation mit sechs Betten ab 6. Mai.

## Ausstehende Corona-Hilfen: 27 Unternehmen klagen COFAG auf 20,7 Millionen Euro

Brunner und Kogler können sich nicht auf Lösung bei Corona-Hilfen einigen. Betroffene Betriebe leiten „erste“ rechtliche Schritte ein

**Hilfsgelder.** Nach wie vor wissen nicht alle Betriebe, die Corona-Hilfen beantragt haben, ob sie zugesagte Gelder auch erhalten. Und das, obwohl die Covid-19-Finanzierungsagentur (COFAG) alle offenen Anträge bis Ende Juni abarbeiten soll – bevor sie bis Jahresende aufgelöst wird.

Hintergrund: Ein Teil der Förderungen wurde zuerst zugesagt, im Frühjahr 2023 wegen EU-rechtswidriger Verordnungen aber wieder aufgehoben. Davon sind vor allem Unternehmensverbände, also Konzerne mit mehreren Filialen, betroffen.

Ob und wie viel Geld die Betriebe noch erhalten sollen, ist seitdem offen. Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP)



**Kogler und Brunner verhandeln nach wie vor über ausstehende Hilfsgelder. Erste Betriebe haben Klage eingereicht**

und Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) müssten sich dafür auf eine neue Verordnung einigen, haben das bisher aber nicht geschafft. Streitpunkte sind die Höhe der Förderungen und die Frage, ob Betriebe erhaltene Hilfen zurückzahlen sollen.

Dieses Geduldspiel hat nun rechtliche Konsequenzen:

27 Unternehmer haben am Handelsgericht Wien gegen die COFAG Klage eingereicht, wie Unternehmensberater Gerald Zmugg vom Finanzombudsteam am Montag verkündete. „Die Klage richtet sich gegen die offensichtliche Nichtauszahlung von zugesagten Corona-Hilfsgeldern“, sagt Zmugg. Öf-

fentlich zur Klage bekannt hat sich die Fitnesskette Fitfabrik. Insgesamt geht es bei der Klage der 27 Unternehmen um ein Volumen von 20,7 Millionen Euro. Bei der Fitfabrik gehe es um Hilfsgelder in Höhe von 1,578 Millionen für sieben Teilbetriebe, die 2021 beantragt worden seien, sagt deren Rechtsanwalt Harald Christandl.

„Die klagende Partei erfüllt sämtliche Voraussetzungen für die Gewährung der zuvor genannten Förderung“, heißt es in einer Klage, die dem KURIER vorliegt. Dass diese Hilfsgelder nicht ausbezahlt worden seien, liege ausschließlich an fehlerhaften Verordnungen des Finanzministeriums (BMF), so Christandl. „Der Schaden bleibt bei

der Fitfabrik. Ein unhaltbarer Zustand, den wir nun auf dem Rechtsweg anfechten.“

### Weitere Klagen möglich

Christandl fordert in diesem Zusammenhang auch Brunner und Kogler auf, endlich eine EU-konforme Richtlinie zu verabschieden, damit die Gelder ausbezahlt werden könnten. Aus dem BMF heißt es, die Verordnung hänge beim Koalitionspartner: „Wir versuchen, in Bezug auf dieses Thema eine Einigung in der Regierung zu finden. Denn es geht um Arbeitsplätze, die wir mit diesen Unternehmenshilfen retten.“

Laut Zmugg befinden sich die Unternehmen, die nun klagen, „aufgrund der fehlenden Auszahlungen der

COFAG in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation“. Gläubiger seien ungeduldig, Banken misstrauisch, Neuinvestitionen blieben aus. „Dies wirkt sich negativ auf das Rating und die Bonität der Unternehmen aus, trotz ihrer an sich guten wirtschaftlichen Lage“, sagt Zmugg.

Der Unternehmensberater und Christandl betonen weiters, dass auch Klagen gegen das BMF und die Geschäftsführung der COFAG „wegen möglicher Pflichtverletzungen“ geprüft würden. „Die Klagen gegen die COFAG sind somit nur der erste Schritt. Der Rechtskampf wird sich ausweiten, da der Vertrauensverlust der Unternehmen und ihrer Gläubiger enorm ist“, heißt es.

MICHAEL HAMMERL